

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Zusammen mit dieser Sonderausgabe der *PRO-LIBERTATE-Mitteilungen* erhalten Sie die Rechnung für den Mitgliederbeitrag 2003. Jeder verantwortungsbewusste Bürger überlegt sich, wofür er sein Geld ausgeben will. Und was für einen Nutzen ihm eine entsprechende Investition bringen kann. PRO LIBERTATE – wo liegt der Nutzen? Die Teilnehmer der Hauptversammlung vom 8. März 2003 waren sich einig: PRO LIBERTATE ist notwendig. Und ihr Nutzen wird sich auch im laufenden Jahr erneut zeigen.

Wir stehen in einem Wahljahr. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden entscheiden, wer in Bern, im Nationalrat, Einsitz nehmen wird. Es mag vielleicht «befreiend» wirken, die Politiker mit Schimpftiraden einzudecken, aber nützen wird es nicht viel. Es geht also darum, die richtigen Leute zu wählen. Dazu wollen wir unseren Beitrag leisten. Denn «unsere Volksvertreter» stellen Weichen in der Finanzpolitik (Steuern und Ausgaben), Aussen- und Sicherheitspolitik, Einwanderungs- und Asylpolitik, Sozial- und Bildungspolitik. Also erstens kann es uns nicht egal sein, wer in Bern politisiert, und zweitens genügt bei der Kandidatenauswahl die Qualifikation «er oder sie ist mir eigentlich noch sympathisch» nicht.

■ **Waffengesetz – persönliche Armeewaffe**

Aussenpolitische Aktivisten in Bundesbern wollen international – durch Schaffung einer Uno-Konvention – eine Vorreiterrolle beim Verbot mit dem Handel von Kleinkaliberwaffen spielen. Unser freiheitliches Waffenrecht soll gegängelt werden. Dadurch gerät das Schützenwesen unter Druck. Zur Diskussion stehen auch die Bereithaltung der persönli-

chen Armeewaffe und der Kriegsmunition zu Hause. Für uns ist die persönliche Armeewaffe zusammen mit der Kriegsmunition (!) Ausdruck der schweizerischen Wehrhaftigkeit und des Milizprinzips «Bürger = Soldat». Deshalb kämpfen wir dafür.

■ **Armee**

PRO LIBERTATE engagiert sich seit rund 50 Jahren für die Landesverteidigung. Obwohl kritisch zu militärpolitischen Tagesfragen, steht sie kompromisslos zur Armee. Wir haben uns eingehend mit der Armeereform XXI beschäftigt. An unseren Hauptversammlungen stand das Thema mehrmals auf der Traktandenliste: Bereits 1997 zeigte der damalige Brigadier Badet die Entwicklungen auf. 2001 konkretisierte Korpskommandant Fischer die Notwendigkeit einer Reform und erklärte uns, er werde sich für die Gebirgstruppen (Gebirgsbrigaden und Train) einsetzen. Schliesslich beteiligte sich PRO LIBERTATE an der Vernehmlassung und wies auf Schwachpunkte des Armeeleitbildes hin. Brigadier Cuche erläuterte uns letztes Jahr das Projekt Luftwaffe XXI. Bundesrat Samuel Schmid nahm in einem Interview (PRO-LIBERTATE-Mitteilungen Nr. 4/02) klar Position für die

Milizarmee und bekräftigte das Nein zum Nato-Beitritt. Das Parlament verabschiedete im letzten Oktober eine im Vergleich zur ursprünglichen Fassung in vielen Bereichen verbesserte Vorlage. Halten wir uns zudem vor Augen: Immer weniger Geld steht der Armee zur Verfügung. Der laufende Streit im Pro-Armee-Lager über die Armee XXI beflügelt die Linke und die Armeeschaffer. Also muss jetzt ohne Umschweife Bilanz gezogen werden: Ein kritisches Ja zur Armee XXI.

■ **Kernenergie**

Am kommenden 18. Mai stimmen wir über zwei «Atom-Initiativen» ab. Beide Begehren wollen den Ausstieg unseres Landes aus der Kernenergie. Wir lehnen dies entschieden ab. Mit einem eigenen Abstimm-

Fortsetzung auf Seite 2

In dieser Ausgabe

- 2 Abstimmung 18.5.03: Kernenergie
- 3 Armee XXI
- 4 Zusammenfassung



2
3 mungsprospekt geht PRO LIBERTATE an die Öffentlichkeit. Helfen Sie bitte bei der Verteilung mit. Es geht um mehr, als viele vermuten.

■ Werbung

Das alte Lied: Wir brauchen mehr Mitglieder. Deshalb muss das Produkt PRO LIBERTATE weiter bekannt gemacht werden. Wir tun es einerseits mit pointierten Stellungnahmen und andererseits mit gezielten

Werbekampagnen. Und mit Ihrer Unterstützung!

■ Veranstaltungen

Unter dem Motto «CH 365» führen wir auch dieses Jahr eine Veranstaltungsreihe durch. Im Gegensatz zur verbliebenen Expo.02 zeigt CH 365, was in der Schweiz während 365 Tagen tatsächlich geleistet wird. Geplant sind der Besuch der Basler Rheinhäfen, der Schweizer Flugwaf-

fe und eines Industriebetriebes. Am 12. September 2003 wird der Besuch der Erdöl-Raffinerie Cressier stattfinden.

Ich freue mich, zusammen mit Ihnen und einem motivierten Vorstand die Aufgaben in Angriff zu nehmen. Wir tun es für unser Land.

Werner Gartenmann
Präsident

Eidgenössische Volks-
abstimmung vom
18. Mai 2003:
Zu den zwei Atom-
Ausstiegs-Initiativen

Die eine radikal und die andere unehrlich

Die beiden Initiativen wollen den bewährten Schweizer Strom-Mix, der im Landesdurchschnitt zu 60 Prozent aus erneuerbarer Wasserkraft und zu 40 Prozent aus Kernenergie besteht – in der Zentralschweiz ist im Winter die prozentuale Verteilung eher umgekehrt –, durch Experimente und mit viel guter Hoffnung ersetzen.

STANDERÄTIN
HELEN LEUMANN-WÜRSCH, FDP
MEGGEN LU

Selbstverständlich ist es richtig, immer wieder Fragen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie in der Schweiz zu stellen und eine intensive Diskussion über die Vor- und Nachteile dieser erprobten Technologie zu führen.

Hingegen bin ich überzeugt, dass der mit den Initiativen propagierte Ausstieg aus der Kernenergie der falsche Weg ist. Beide Begehren führen nämlich unmittelbar

- zu einer grösseren Abhängigkeit vom Ausland;
- zu einer grösseren Belastung der Luft;
- zu einem immensen Landverbrauch;

- zu höheren Kosten für Wirtschaft, Haushalte und Konsumenten.

Die radikale Initiative «Strom ohne Atom» verlangt eine rasche Stilllegung der Kernkraftwerke. 2005 müssten Beznau 1 und 2 sowie Mühleberg vom Netz gehen. Dies würde einer Stromlücke von 13 Prozent entsprechen. Gösgen müsste 2009 und Leibstadt bis 2014 stillgelegt werden. Innerhalb von nur zehn Jahren müssten also – ohne die Verbrauchssteigerung zu berücksichtigen – 40 Prozent unserer Stromproduktion ersetzt werden. Dass dies eine wirtschaftliche Rosskur mit den entsprechenden Folgekosten für unser Land ist, liegt auf der Hand.

Funktionierende Kraftwerke, die in der Schweiz sehr sorgfältig betrieben werden und gerade in der jetzigen Phase ihrer Lebensdauer günstigen Strom liefern, würden ohne Rücksicht auf Verluste stillgelegt. Das ist eine Kapitalvernichtung sondergleichen.

Selbstverständlich wird auch der Aufbau der Ersatzkapazitäten sehr teuer, und kann sicher nicht in der notwendigen Zeit realisiert werden, wenn man bedenkt, mit welchen Schwierigkeiten heute der Bau eines neuen Kraftwerkes zu kämpfen hat,

selbst wenn es sich um ein Wasserkraftwerk handelt. Ich möchte hier an die Verhinderung des Baus des Kraftwerkes Greina erinnern. Der Stromverbrauch müsste bei Annahme der Initiative mit staatlichen Eingriffen gesteuert werden, oder aber wir importieren die fehlende Energie. Immerhin ist die Initiative hier ehrlich, indem sie für den Ersatz der Kernenergie nicht-nukleare Energien vorschreibt und bei fossilbetriebenen Anlagen die Wärmenutzung zwingend ist. Teuer werden selbstverständlich auch diese Anlagen, und sie belasten unsere Luft zusätzlich mit CO₂.

Auch ein Ausweg über Windenergie, Photovoltaik oder Biomasse ist eine Illusion, machen sie doch heute ganze 0,03 Prozent der gesamten Stromproduktion aus. Das liegt nicht an der mangelnden Förderung, sondern an den hohen Erzeugungskosten und an mangelndem Potenzial. Die Initiative «MoratoriumPlus» ist zwar moderater, sie entspringt jedoch dem gleichen Geist. Sie will die Nutzung der Kernenergie in der Schweiz willkürlich auf 40 Jahre beschränken und die notwendigen langfristigen Investitionen mit Abstimmungs-Hürden und dem Ver-

2
3
mungsprospekt geht PRO LIBERTATE an die Öffentlichkeit. Helfen Sie bitte bei der Verteilung mit. Es geht um mehr, als viele vermuten.

■ Werbung

Das alte Lied: Wir brauchen mehr Mitglieder. Deshalb muss das Produkt PRO LIBERTATE weiter bekannt gemacht werden. Wir tun es einerseits mit pointierten Stellungnahmen und andererseits mit gezielten

Werbekampagnen. Und mit Ihrer Unterstützung!

■ Veranstaltungen

Unter dem Motto «CH 365» führen wir auch dieses Jahr eine Veranstaltungsreihe durch. Im Gegensatz zur verbliebenen Expo.02 zeigt CH 365, was in der Schweiz während 365 Tagen tatsächlich geleistet wird. Geplant sind der Besuch der Basler Rheinhäfen, der Schweizer Flugwaf-

fe und eines Industriebetriebes. Am 12. September 2003 wird der Besuch der Erdöl-Raffinerie Cressier stattfinden.

Ich freue mich, zusammen mit Ihnen und einem motivierten Vorstand die Aufgaben in Angriff zu nehmen. Wir tun es für unser Land.

Werner Gartenmann
Präsident

Eidgenössische Volks-
abstimmung vom
18. Mai 2003:
Zu den zwei Atom-
Ausstiegs-Initiativen

Die eine radikal und die andere unehrlich

Die beiden Initiativen wollen den bewährten Schweizer Strom-Mix, der im Landesdurchschnitt zu 60 Prozent aus erneuerbarer Wasserkraft und zu 40 Prozent aus Kernenergie besteht – in der Zentralschweiz ist im Winter die prozentuale Verteilung eher umgekehrt –, durch Experimente und mit viel guter Hoffnung ersetzen.

STANDERÄTIN
HELEN LEUMANN-WÜRSCH, FDP
MEGGEN LU

Selbstverständlich ist es richtig, immer wieder Fragen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie in der Schweiz zu stellen und eine intensive Diskussion über die Vor- und Nachteile dieser erprobten Technologie zu führen.

Hingegen bin ich überzeugt, dass der mit den Initiativen propagierte Ausstieg aus der Kernenergie der falsche Weg ist. Beide Begehren führen nämlich unmittelbar

- zu einer grösseren Abhängigkeit vom Ausland;
- zu einer grösseren Belastung der Luft;
- zu einem immensen Landverbrauch;

- zu höheren Kosten für Wirtschaft, Haushalte und Konsumenten.

Die radikale Initiative «Strom ohne Atom» verlangt eine rasche Stilllegung der Kernkraftwerke. 2005 müssten Beznau 1 und 2 sowie Mühleberg vom Netz gehen. Dies würde einer Stromlücke von 13 Prozent entsprechen. Gösgen müsste 2009 und Leibstadt bis 2014 stillgelegt werden. Innerhalb von nur zehn Jahren müssten also – ohne die Verbrauchssteigerung zu berücksichtigen – 40 Prozent unserer Stromproduktion ersetzt werden. Dass dies eine wirtschaftliche Rosskur mit den entsprechenden Folgekosten für unser Land ist, liegt auf der Hand.

Funktionierende Kraftwerke, die in der Schweiz sehr sorgfältig betrieben werden und gerade in der jetzigen Phase ihrer Lebensdauer günstigen Strom liefern, würden ohne Rücksicht auf Verluste stillgelegt. Das ist eine Kapitalvernichtung sondergleichen.

Selbstverständlich wird auch der Aufbau der Ersatzkapazitäten sehr teuer, und kann sicher nicht in der notwendigen Zeit realisiert werden, wenn man bedenkt, mit welchen Schwierigkeiten heute der Bau eines neuen Kraftwerkes zu kämpfen hat,

selbst wenn es sich um ein Wasserkraftwerk handelt. Ich möchte hier an die Verhinderung des Baus des Kraftwerkes Greina erinnern. Der Stromverbrauch müsste bei Annahme der Initiative mit staatlichen Eingriffen gesteuert werden, oder aber wir importieren die fehlende Energie. Immerhin ist die Initiative hier ehrlich, indem sie für den Ersatz der Kernenergie nicht-nukleare Energien vorschreibt und bei fossilbetriebenen Anlagen die Wärmenutzung zwingend ist. Teuer werden selbstverständlich auch diese Anlagen, und sie belasten unsere Luft zusätzlich mit CO₂.

Auch ein Ausweg über Windenergie, Photovoltaik oder Biomasse ist eine Illusion, machen sie doch heute ganze 0,03 Prozent der gesamten Stromproduktion aus. Das liegt nicht an der mangelnden Förderung, sondern an den hohen Erzeugungskosten und an mangelndem Potenzial. Die Initiative «MoratoriumPlus» ist zwar moderater, sie entspringt jedoch dem gleichen Geist. Sie will die Nutzung der Kernenergie in der Schweiz willkürlich auf 40 Jahre beschränken und die notwendigen langfristigen Investitionen mit Abstimmungs-Hürden und dem Ver-

Armee XXI alle 26 Kantone konsultiert worden. Weitere interessierte Verbände wie auch die Wirtschaft konnten an Hearings ihre Meinungen einbringen. Das heutige Produkt Armee XXI fusst also auf einer breiten Basis. Falls das Volk der Vorlage am 18. Mai 2003 zustimmt, wird das Parlament im Jahre 2005 die Armee XXI auf die Erreichung der Ziele hin überprüfen können.

Divisionär Zwygart erklärte die Aufträge der Armee XXI, welche von der Politik und vom Volk vorgegeben sind: Existenzsicherung, Friedensförderung und das Kerngeschäft, nämlich die Verteidigung und Raumsicherung.

Die Zahl der Armeeangehörigen wird von heute 350000 auf 220000 reduziert. Die Rekrutenschule wird zwischen 18 und 21 Wochen dauern. Die Rekrutierung soll intensiver und genauer während 2 bis 3 Tagen erfolgen, um die bis 25-prozentigen Ausfälle in den ersten RS-Wochen zu reduzieren. Anschliessend werden 6 oder 7 Wiederholungskurse à 19 Tage jährlich absolviert. Somit kann die Militärpflicht mit 30 bis 34 Jahren erfüllt sein, was sich vorteilhaft für Wirtschaft und Familie auswirken kann. Auch besteht für eine bestimmte Anzahl Diensttuende die Möglichkeit, die Militärpflicht als Durchdiener zu erfüllen. Dass die

Armee zu einer Berufsarmee mutieren soll, dafür bestehe keine Gefahr und dies sei auch keinesfalls das Ziel und widerspreche zudem der Bundesverfassung, bestätigte Divisionär Zwygart. Das Militär sei nach wie vor auch bei den Kadern auf die Miliz angewiesen. In der Armee XXI sind 70 Prozent der Bataillonskommandanten Milizangehörige, ebenfalls die Kommandanten der drei geplanten Gebirgsbrigaden.

Divisionär Zwygart wies auf die veränderten Rahmenbedingungen für die Armee hin. Die Umverteilungsinitiative wurde zwar im Jahre 2001 vom Volk klar abgelehnt, doch durch die Finanzprobleme und die Schuldenbremse sei das Ziel dieser Initiative trotzdem erreicht worden! Die Armee sieht ihre Aufgabe gefährdet, wenn noch weitere Einsparungen gemacht werden müssten. Erschwerend sind ebenfalls die restriktiven Umweltvorschriften, die den Übungsraum der Armee stark einschränken.

Die logischen und klaren Ausführungen von Divisionär Dr. Zwygart wurden mit Interesse verfolgt. Die Mehrheit der Anwesenden schien das Konzept der Armee XXI zu befürworten, auch wenn es Mängel hat, wie Divisionär Zwygart ebenfalls bestätigte.

Bei der Wahl zwischen Machbarem und Wünschbarem ist es besser, das zu wählen, was realisiert werden kann. Wenn das Referendum angenommen wird, so laufen wir Gefahr, den Armeegegnern Auftrieb zu geben. Deshalb werde ich die Armee XXI unterstützen und erwarte, dass sie unser Land nach dem Milizprinzip sichern und verteidigen kann, damit unsere Unabhängigkeit gewahrt bleibt.

Impressum

Redaktion: W. Gartenmann, M. Gerber, A. Bossard

Geschäftsstelle: Schweizerische Vereinigung

PRO LIBERTATE, Postfach, 3000 Bern 11

Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85

Internet: www.prolibertate.ch

E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.

Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen

nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Werner Gartenmann (Präsident), 3800 Matten b. I.

Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 16

Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen

Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz

Alfred M. Zumbrunnen, 3645 Gwatt

Ami Bossard, 3800 Matten b. I.

Redaktionsschluss dieser Nummer: 14.3.2003

Schon vorbei
«gesurft»?

www.prolibertate.ch

... 3 klare Worte und Positionen

Zusammenfassung dieser PRO-LIBERTATE-Mitteilungen

1. **18. Mai 2003: Bürgerinnen und Bürger an die Urnen und Einfluss nehmen!**
2. **18. Mai 2003: 2x Nein zu den Energie-Stopp-Initiativen.** Denn sie schwächen unsere Wirtschaft.
3. **Armee XXI:** Am 18. Mai 2003 geht es um die Zukunft der Armee. Schlusspunkt. Als echt schweizerischer Kompromiss kann die Armeereform unterstützt werden.

und ... 3 dringende Hinweise

1. **Agendaeintrag:** 12. September 2003, Freitag, Besuch der Erdöl-Raffinerie in Cressier NE
2. **Aktiver Abstimmungskampf:** Helfen Sie mit, unseren Abstimmungsflyer «2x Nein zu den Energie-Stopp-Initiativen» zu verteilen.
3. **Und zu guter Letzt:** Ihr Abstimmungsbatzen hält unseren Tätigkeitsmotor in Fahrt...

PRO  LIBERTATE – ein Unternehmen, das für die Schweiz arbeitet.